



facultativ

N° 1/10

**Der Islam und die Schweiz**

# 1/10

- 3 **Das Minarett: Symbol des Fremden, der bleibt**  
Dorothea Lüddeckens, Rafael Walthert
- 4 **Religionswissenschaft und gesellschaftliche Kontroversen**  
Christoph Uehlinger
- 5 **Islam in der Schweiz: Daten und Fakten**
- 6 **Imam-Ausbildung und islamische Religionspädagogik in der Schweiz?**  
Christoph Uehlinger
- 8 **Lieber Probleme lösen, als damit Politik machen**  
Interview mit Ulrich Rudolph
- 10 **Religiöse Differenz als Problem: zur Rationalität der medialen Debatte über Muslime in der Schweiz**  
Patrik Ettinger
- 12 **Frauenbewegungen in Iran – ein langer Weg**  
Farida Stichel
- 13 **Die neue religiöse Schweiz: Das NFP 58 stellt sich vor**
- 13 **Profil: Helmut Zander**
- 14 **Aktuelles und Veranstaltungen**

Titelbild: Scherenschnitt-Fensterdekoration im Café *Kafischnaps* in Zürich Wipkingen.

Rückseite: Im Schaufenster eines Reisebüros wird ein Angebot für Ägypten beworben.

Alle Bilder stammen von Vanessa Meier (vanessa.meier@access.uzh.ch), Studentin der Religionswissenschaft an der Universität Zürich.



## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser

«Das sind die Totengräber der Demokratie», titelte die *Weltwoche* im Dezember, kurz nachdem eine Mehrheit der Schweizer Stimmenden sich für das Minarettbauverbot ausgesprochen hatte. Gemeint waren Poli-

tiker und Intellektuelle wie Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf oder der Theologe Hans Küng. Sie gaben die Problematik des Entscheids zu bedenken und verbündeten sich dadurch – so der Schluss der *Weltwoche* – «zu einer antidemokratischen Allianz».

Haben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Aufgabe versäumt, die Bevölkerung über die mit der Auflage verbundenen Probleme zu informieren? Dies eine Frage etwas anderer Stossrichtung, die nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses durchaus auch in den eigenen Reihen laut wurde.

Die Theologische Fakultät der Universität Zürich setzt sich im Rahmen des Nationalen Forschungsschwerpunkts 58, «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft», nicht erst seit dem Abstimmungssonntag von letztem November mit gesellschaftlich brisanten Themen wie der Minarettdebatte oder der jüngst geäusserten Forderung nach mehr muslimischen Friedhöfen auseinander. Seit 2007 beschäftigt sie sich im Rahmen unterschiedlichster Forschungsprojekte eingehend mit der neuen religiösen Schweiz. Nicht zuletzt um der Frage nachzugehen, in welchen Bereichen aufgrund des religiösen Wandels ein Eingreifen des Staates oder der Gesellschaft nötig sein könnte.

Einige Projekte, die auf den Islam fokussieren, werden in diesem Heft vorgestellt. Es geht um den Symbolgehalt des Minaretts, die iranische Frauenbewegung und um die Rolle der Medien in der Muslimdebatte. Es werden Daten und Fakten zum Islam in der Schweiz geliefert und Forschungsergebnisse zum Sinn der schweizerischen Imam-Ausbildung präsentiert. Der Islamwissenschaftler Ulrich Rudolph äussert sich im Interview zu den Möglichkeiten des Dialogs nach der Abstimmung. Und Christoph Uehlinger nimmt Stellung zur heissen Frage, wo in einer Debatte wie dem Minarettkonflikt für Wissenschaftler die Grenze zwischen neutraler Beobachtung und politischem Engagement liegt. Spätestens hier zeigt sich: So einfach wie die *Weltwoche* meint, liegen die Dinge nicht.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Natalie Pieper

**facultativ** Beilage zur Reformierten Presse, Postfach, 8026 Zürich, Tel. 044 299 33 21, Fax 044 299 33 93 **REDAKTION** Natalie Pieper, natalie.pieper@uzh.ch, im Auftrag der Theologischen Fakultät Zürich, Kirchgasse 9, 8001 Zürich, Tel. 044 634 47 92

**BILDREDAKTION** Natalie Pieper **KORREKTORAT** Ursula Klausner **GESTALTUNG/PRODUKTION** Reformierte Medien **VERLAG** Reformierte Presse

**DRUCK** Schlaefli & Maurer AG, Bahnhofstrasse 15, 3800 Interlaken, Tel. 033 828 80 70, Fax 033 828 80 90

**HERAUSGEBER** Reformierte Medien © Kirchenblatt/Protestant/EPD/Reformierte Presse, 24. Jahrgang

Dorothea Lüddeckens, Rafael Walthert // **Die Idee einer vom Islam bedrohten Schweiz kulminierte in der Annahme der Minarettinitiative. Weshalb das Minarett als sichtbares Kennzeichen religiöser Identität einen Konflikt auslösen konnte, erklären die Religionswissenschaftler Dorothea Lüddeckens und Rafael Walthert.**

# DAS MINARETT: SYMBOL DES FREMDEN, DER BLEIBT

Was genau für ein Turm das wäre, der gemäss einer breiten Front von Einwohnern Wangens keinen Platz im Dorfbild habe, dürfte 2005 nur wenigen Schweizerinnen und Schweizern klar gewesen sein. Zur Aufklärung ihrer Zuschauer darüber, was ein Minarett überhaupt sei, musste die Fernsehsendung «Schweiz Aktuell» ihre Berichterstattung mit einer gebetsrufuntermalten Diashow verschiedenster Minarette unserer Erde einleiten.

## «Primat des Christentums»

Der türkisch-kulturelle Verein Olten plante damals, auf das bis dahin unauffällige Gebäude, das in Wangen als Moschee diente, ein Minarett zu setzen. Zunächst über Leserbriefe, dann über Einsprachen gegen das Baugesuch wandten sich Vertreter verschiedenster Parteien, inklusive des FDP-Gemeindepräsidenten und des reformierten Pfarrers, gegen das Projekt. Während der Verein eine sichtbare Präsenz in der Öffentlichkeit anstrebte, wurde genau dies von der Gegnerschaft zu vermeiden gesucht. Der Turm würde als islamisches Bauwerk eine Konkurrenz zum christlichen Kirchturm, ein Eindringen islamischer Identität in den «christlichen Kulturkreis» darstellen. Den «Primat des Christentums» gelte es zu verteidigen. Rekurse gegen das Bauprojekt gelangten bis vor Bundesgericht, doch blieben die Gegner erfolglos, und so wurde im Januar 2009 das Minarett eingeweiht.

Die Bauherren waren mit dem Ergebnis zufrieden, auf der Gegenseite aber hatten sich Akteure formiert und Deutungsmuster entwickelt, die nach der lokalen Erfolglosigkeit zunächst auf der kantonalen und dann auf der nationalen Ebene aufgegriffen und gefördert wurden. Während den Minarettgegnern der

Transfer vom Lokalen ins Nationale in kürzester Zeit gelang, fand ein solcher Versuch auf der Seite der Minarettbefürworter erst gar nicht statt. Über den «christlichen Kulturkreis», ein Ausdruck, den der reformierte Pfarrer Wangens eingeführt hatte, sprach bald das ganze Land, und die Idee einer vom Islam be-

Heute wissen alle,  
was Minarette sind.

drohten christlich geprägten Schweiz fand ihre Bestätigung schliesslich in der Annahme der «Minarettinitiative». Die in lokalen Konflikten entstandenen Deutungsmuster wurden in Verbindung mit Know-how und Ressourcenmobilisierung durch landesweite Akteure durchschlagend erfolgreich.

## Nicht-Orte

Die Minarettprojekte in der Schweiz sind an den für die Verbindung von Religion und Migration typischen Orten angesiedelt: in Industrie- und Gewerbe-zonen, in der Nachbarschaft von Autobahnausfahrten, Kreiseln und Tankstellen. Mit dem Anthropologen Marc Augé sind diese Gegenden als Nicht-Orte zu bezeichnen, Orte, denen keine eigene Bedeutung oder Identität zukommt, Orte, die man besucht, um bestimmten Zielen nachzugehen, und darauf schnellstmöglich wieder verlässt. Damit haftet diesen Moscheen der Hauch des Vorübergehenden, der Anonymität, des Transits, des Provisoriums an, wie er, man denke an die Baracken bei Tunnelbauten oder im Asylwesen, im schweizerischen Umgang mit Fremden Tradition hat.

Minarette stellen einen Schritt aus dieser anonymen und akzeptierten Verborgenheit im Provisorischen in die symbolische Besetzung des Raumes und damit in die öffentliche Wahrnehmung dar. Sie können von ihren Gegnern als Symbole der Fremdheit bezeichnet werden, und zwar als Symbole von Fremden, die mit der Errichtung von Immobilien den Entschluss zum Bleiben signalisieren. «Der Fremde», so schrieb Georg Simmel bereits 1908, sei nicht der «Wandernde, der heute kommt und morgen geht», sondern derjenige, «der heute kommt und morgen bleibt». Simmels Fremder hat es, ganz im Gegensatz zu den Wanderern, in der Schweiz schwer.

## Orte nationaler Bedeutung

Unabhängig vom Ausgang der Minarettinitiative trat der Islam in der Schweiz aus der Bedeutungslosigkeit in die öffentliche Bedeutung hinein. Aus den Nicht-Orten in Wangen und Langenthal wurden Orte nationaler Bedeutung, dementsprechend gesellten sich neben Zytgloggenturm und Schloss Chillon auch Modellbögen von Minaretten. Heute wissen alle Schweizerinnen und Schweizer, was Minarette sind, dass es Muslime in der Schweiz gibt und dass dies kein provisorischer Zustand ist. Ohne Oppositionen und Initiativen hätte das Wangener Minarett jedenfalls weit höher als sechs Meter werden müssen, um diesen Effekt zu erzielen.

*Dorothea Lüddeckens ist Fellow am Lichtenberg-Kolleg der Universität Göttingen und ab 1. Juli 2010 Professorin für Religionswissenschaft sozialwissenschaftlicher Ausrichtung an der Universität Zürich.*

*Rafael Walthert ist wissenschaftlicher Assistent am Religionswissenschaftlichen Seminar der Universität Zürich.*

Christoph Uehlinger // **Der Religionswissenschaftler Christoph Uehlinger nimmt Stellung zur Frage, wo in einer kontroversen Debatte wie dem Minarettkonflikt für einen Wissenschaftler die Grenze zwischen neutraler Beobachtung und politischem Engagement verläuft.**

# RELIGIONSWISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFTLICHE KONTROVERSEN

Mehr als anderswo sieht sich religionswissenschaftliche Forschung im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 58, «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft», mit gesellschaftlich brisanten Themen konfrontiert. Wie kann sie sich in kontrovers diskutierten gesellschaftlichen Debatten positionieren und gegebenenfalls engagieren, ohne ihre Beobachterrolle aufs Spiel zu setzen?

Die Fachdiskussion hält unterschiedliche Antworten auf diese Frage bereit. Manche Autoren vertreten die Meinung, die erkenntnistheoretische Neutralität und der methodologische Agnostizismus der Religionswissenschaft würden die Forschenden auch in ethisch, erst recht politisch kontroversen Fragen zu einer ausschliesslich externen Beobachterrolle verpflichten; diese allein würde eine korrekte Beschreibung und Analyse des Gegenstandes erlauben. Andere plädieren für eine «angewandte Religionswissenschaft», die sich mit Kenntnis und Rat (beispielsweise durch interreligiöse Mediation) für möglichst (sach-)gerechte Lösungen gesellschaftlicher Probleme in Zusammenhang mit Religion engagieren sollte.

## Nationale Forschungsprogramme und die «orientierte Forschung»

Nationale Forschungsprogramme werden vom Bundesrat genehmigt. Sie dienen dazu, wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zu gesellschaftlich relevanten Themenfeldern zu gewinnen, die der Orientierung der politischen Akteure (Parlament und Behörden) dienen sollen. In ihrer gleichermassen orientierten wie orientierenden Funktion unterscheidet sich solche Forschung von sogenannter Grundlagenforschung, die der Gewinnung «reiner» Erkenntnis dient.

Auch wer als Religionswissenschaftler im Rahmen abstrakter Theoriebildung kompromisslos und mit guten Gründen

für die unbedingte Priorität der neutralen Beobachterposition plädiert, muss sich im Forschungsalltag eines NFP, der sich *per definitionem* mit aktuellen, oft kontroversen Themen auseinandersetzt, immer wieder die Frage stellen, wo genau die Grenzlinie zwischen Deskription und Engagement, zwischen Beobachtung und produktiver Partizipation verläuft. Dabei ist mit der Versuchung zur politischen oder ethisch begründeten Parteinahme ebenso kritisch umzugehen wie in anderem Zusammenhang mit eigenen religiösen Überzeugungen.

Die Ausdifferenzierung der Religionswissenschaft als einer eigenständigen akademischen Disziplin hängt wesentlich mit der Ablösung der Forscherrolle von religiösen Positionierungen zusammen. Wendet sich religionswissenschaftliche Forschung aktuellen Fragestellungen wie

**Die Aufgabe jeder kritischen Wissenschaft ist Aufklärung.**

etwa der Untersuchung von Minarettkonflikten zu, ist sie gut beraten, die eben abgestreifte religiöse Voreingenommenheit nicht unter der Hand durch eine politische zu ersetzen.

An engagierten Parteinahmen ist im Feld kein Mangel. Die besondere Position des Wissenschaftlers – und notwendige Bedingung für Feldzugang wie Urteilsfähigkeit – ist seine Unvoreingenommenheit.

## Nach der Minarett-Abstimmung

Dass es einem nicht immer leichtfällt, im konkreten Forschungs- und Lehralltag diese Neutralität zu wahren, sei nicht verhehlt. Die Versuchung, sich ob eines Abstimmungsentscheids zu empören, mit dem eine Sonderregelung in die Verfassung eingetragen wurde, die nur für eine bestimmte Religionsgemeinschaft gilt und diese offenkundig stigmatisiert, ist gross.



Schriftzug zum Besuchstag der Mahmud-Moschee in Zürich.

Der Religionswissenschaftler wird aber auch in diesem Falle gut daran tun, zwischen seiner staatsbürgerlich-ethisch begründeten politischen Überzeugung und einer religionswissenschaftlich begründeten Position zum Gegenstand zu unterscheiden. Nur so wird er (oder sie) in der Lage sein, die medialen und diskursiven Prozesse, Meinungen und Einstellungen aller Beteiligten möglichst sachgemäss zu interpretieren.

Die genuine Aufgabe jeder kritischen Wissenschaft ist die Aufklärung. Empörung mag als Anstoss zur vertieften wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit einem Problem ab und zu ihre Bedeutung haben; im Forschungsprozess selbst ist sie fehl am Platz.

*Christoph Uehlinger ist Professor für Allgemeine Religionsgeschichte und Religionswissenschaft an der Universität Zürich.*



# ISLAM IN DER SCHWEIZ

## In der Schweiz gibt es heute

350 000 bis 400 000 Muslime und Musliminnen

Davon sind ca. 40 % jünger als 20 Jahre (landesweiter Durchschnitt Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung: ca. 23 %)

## Im Jahr 2000 gab es laut Volkszählung 310 807 Muslime und Musliminnen, das sind 4,26 % der Bevölkerung

ca. 12 % aller Muslime und Musliminnen besaßen die Schweizer Staatsbürgerschaft (heute ca. 15 %)

ca. 56 % besaßen Staatsbürgerschaften aus Ex-Jugoslawien

ca. 20 % besaßen die türkische Staatsbürgerschaft

61,4 % besaßen eine Ausbildung der Sekundarstufe I (Schweiz: 29,5 %)

15 % waren arbeitslos (Schweiz: 4 %)

96,9 % aller Muslime und Musliminnen lebten in einer Ehe (Schweiz: 89 %)

2,2 % waren geschieden (Schweiz: 5,6 %)

23,9 % lebten in Haushalten mit mehr als sechs Personen (Schweiz: 7,5 %)

Die durchschnittliche Anzahl von Kindern pro Frau betrug 2,44 % (Schweiz: 1,43 %)

## Die Muslime und Musliminnen in der Schweiz gehören unterschiedlichen religiösen Traditionen an

ca. 75 % von ihnen sind Sunniten

ca. 7 % sind Schiiten

10–15 % sind türkische Aleviten und/oder verstehen sich als Sufis

## Die muslimische Bevölkerung ist vor allem im Zuge von Einwanderungswellen in die Schweiz gekommen

- Seit den 60er Jahren wurden Muslime als Arbeitskräfte aus der Türkei und Jugoslawien von der Schweiz angeworben
- Mitte der 70er erfolgte ein Anwerbepstop
- Eine neue Zuzugsphase von Arbeitsmigranten gab es in den 80ern
- Ab den 90er Jahren kamen Flüchtlinge und Asylsuchende in die Schweiz, verstärkt während der kriegerischen Auseinandersetzungen in Bosnien, Herzegowina und im Kosovo
- In jüngster Zeit kommen Muslime aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Schwarzafrika in die Schweiz, um vor Krieg und politischer Verfolgung zu fliehen

## An den ca. 200–300 Moscheen und Gebetslokalen der Schweiz gibt es

ca. 70–90 festangestellte Imame (Vollzeit)

ca. 80–100 Teilzeit-/Freizeit-Imame

Viele Moscheegemeinschaften haben ca. 50–100 zahlende Mitglieder (jeweils die Familienhäupter)

Schätzungsweise sind maximal 20 % aller in der Schweiz lebenden Muslime in einer Moscheegemeinschaft aktiv beteiligt

## 1963 wurde die erste Moschee mit Minarett in der Schweiz eingeweiht, bis heute gibt es 4 Minarette an folgenden Moscheen

**Zürich:** Mahmud-Moschee (Forchstrasse); Moschee der Ahmadiyya-Bewegung  
Grundsteinlegung 1962, Einweihung 1963

**Genf:** Moschee der Fondation Islamique (Mosquée et Fondation Culturelle Islamique, Petit-Saconnex)  
Grundsteinlegung 1975, Einweihung 1978

**Winterthur:** Moschee des Islamisch-Albanischen Vereins  
Minarett seit 2005

**Wangen:** Olten Türk Kültür Ocag (OTKO)  
Errichtung Minarett 9. 1. 2009, Einweihung 27. 6. 2009

## Ein kleiner Teil der Muslime in der Schweiz ist auch über islamische Verbände organisiert, es gibt inzwischen drei Dachverbände

Musulmans, Musulmanes de Suisse: 1994 von Tariq Ramadan gegründet

Koordination Islamischer Organisationen Schweiz (KIOS): 1998 gegründet

Föderation Islamischer Dachorganisationen in der Schweiz (FIDS): 2006 gegründet

Christoph Uehlinger // Die Frage, ob Imame und islamische Religionslehrerinnen in der Schweiz ausgebildet werden sollen, ist nicht erst seit dem Ausgang der Minarettinitiative ein heisses Eisen. Ein im Rahmen des NFP 58 realisiertes Forschungsprojekt zeigt, dass solche Ausbildungen nicht zuletzt im Hinblick auf die Abwehr extremistischer Einflüsse wünschbar ist.

# IMAM-AUSBILDUNG UND ISLAMISCHE RELIGIONSPÄDAGOGIK IN DER SCHWEIZ?

«Würden Sie es für sinnvoll halten, dass Imame und muslimische ReligionspädagogInnen in der Schweiz ausgebildet werden?» So lautete die Ausgangsfrage eines im Rahmen des NFP 58 geförderten Forschungsprojekts. Dessen Hauptanliegen bestand darin, unter den mit der Frage befassten oder von ihr betroffenen relevanten Akteuren in der Schweizer Gesellschaft ein möglichst nuanciertes Meinungsbild zu einer Frage zu erheben, die in den vergangenen Jahren wiederholt und kontrovers diskutiert worden war. Die Diskussion wird von einer Vielzahl von Akteuren mit sehr unterschiedlichen Interessen und Ansprüchen auf allen Ebenen der Gesellschaft geführt. Was bislang fehlte, war eine sachliche Dokumentation der unterschiedlichen Bedürfnisse und Standpunkte.

Als Kooperation des Orientalischen und des Religionswissenschaftlichen Seminars konzipiert, konnte das Projekt auf das grosse Engagement dreier teilzeitlich angestellter Mitarbeitender sowie einer Lizentiandin zählen. Sie führten zum einen in sieben Schweizer Kantonen rund

100 Experteninterviews mit Musliminnen und Muslimen unterschiedlicher Stellung und Couleur – von Verbandspräsidenten über amtierende Imame und Religionslehrerinnen bis zu einfachen Gläubigen oder Kritikerinnen und Kritikern. Zum an-

**Muslime sind nach den Christen die zweitgrösste Religionsgemeinschaft in der Schweiz.**

deren holten sie rund 40 schriftliche Stellungnahmen von nationalen und kantonalen Bildungs- und Integrationsbehörden, Universitäten, Rechtsexperten, politischen Parteien und öffentlich rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften ein. Im Rahmen eines internationalen Workshops wurden verschiedene Modelle und Erfahrungen in anderen europäischen Ländern vorgestellt und diskutiert. Die Ergebnisse der während 18 Monaten durchgeführten Untersuchung sind im Juni 2009 an einer

viel beachteten Medienkonferenz vorgestellt worden. Hier sollen nebst den Kernergebnissen einige weitergehende Überlegungen präsentiert werden.

## Hohe Erwartungen an Imame

In der Schweiz leben etwa 400 000 Musliminnen und Muslime, nach den Christen die zweitgrösste Religionsgemeinschaft. Auch der Islam kennt religiöse Autoritäten, die eine Gemeinde leiten und Beistand und Unterweisung in religiösen und lebenspraktischen Fragen bieten. Wichtig im Schweizer Kontext sind die Imame, die heute im Ausland (in Ägypten, der Türkei, in Bosnien und anderen islamischen Ländern) ausgebildet werden, und Religionslehrpersonen, für die bislang erst ein privater Kurs in der Deutschschweiz besteht.

Diese Situation wird nicht nur von einer Mehrheit der befragten Musliminnen und Muslime, sondern auch von Behördenvertretern und Politikern als misslich betrachtet. Erstere stellen fest, dass Imame ihre ganze Ausbildung in einem Land bekommen haben, in dem Muslime die Mehrheit darstellen und der Islam die ganze Gesellschaft mehr oder weniger stark prägt, sich in der Schweiz dann aber mit ganz anderen kulturellen und gesellschaftlichen Bedingungen konfrontiert sehen. Wenn sie wichtige Regeln dieser Gesellschaft nur mangelhaft kennen, wenig Erfahrung mit weltanschaulicher und religiöser Pluralität haben, nicht selten auch die Landessprachen nur ungenügend beherrschen, können sie weder dem Bedürfnis von Gläubigen nach Vermitt-

Neue Debatte: Im März gab der islamische Verband KIOS bekannt, dass er eigene Friedhöfe für Muslime in jedem Kanton fordere. Hier im Bild das schon existierende Gräberfeld für Muslime in Zürich Witikon.



lung eines im Schweizer Kontext authentisch zu lebenden Islams entsprechen noch gegenüber Dritten die Anliegen der Moscheevereine wirksam vertreten.

Nach Ansicht der Muslime würde eine akademische Ausbildung des Imams garantieren, dass dieser nicht nur über fundierte Islamkenntnisse verfügt, sondern auch seine Aufgabe als würdiger Leiter und Repräsentant seiner Glaubensgemeinschaft erfüllen kann. Das Tätigkeitsspektrum eines Imams in der Diaspora ist meist breiter als in einem islamischen Land: Zu den traditionellen Rollen des Vorbeters und Predigers kommen hier die des Seelsorgers, des Pädagogen, des moralischen Vorbilds und Vermittlers und so weiter – nicht sehr verschieden vom Berufsbild eines Pfarrers.

### Die Rolle des Staates

Nach dem Wunsch der befragten Muslime soll der von Imamen und Religionslehrern vertretene Islam in den Schweizer Kontext passen, ohne doch vom Schweizer Staat reglementiert zu werden. Die zu schaffenden Ausbildungsgänge sollten durch Hochschulen der islamischen Welt anerkannt, aber nicht einfach von dort importiert werden. Die Muslime setzen bei der Realisierung dieser Ziele auf eine aktive Rolle der schweizerischen Institutionen, mit denen sie hohe Qualitätsvorstellungen verbinden – nicht zuletzt im Hinblick auf die Abwehr bzw. Neutralisierung extremistischer Einflüsse.

Letzterer Gesichtspunkt, verbunden mit dem generellen Anliegen der gesellschaftlichen Integration, wird auch seitens der befragten Behörden in den Vordergrund gerückt. Einig ist man sich hier, dass die Ausbildung religiöser Experten nicht wirklich Aufgabe eines bekenntnisneutralen Staates sein kann. Wohl aber könne der Staat Hilfestellungen bieten, um die Rahmenbedingungen für die Integration einer Religionsgemeinschaft im Gesamten der Gesellschaft zu verbessern.

### Die besondere Expertise von Religionslehrerinnen

Islamische Religionslehrerinnen und -lehrer vermitteln nicht nur zwischen Kulturen, sondern auch zwischen den Generationen. Auch sie sollten nach Meinung der Befragten solide Islamkenntnisse besitzen und zudem über pädagogisch-didaktische Kompetenzen verfügen. Gewünscht wird, dass an den öffentlichen Schulen ein islamischer Religionsunterricht eingeführt

wird, wobei man sich offenbar auch hier an den Landeskirchen als Modell orientieren möchte. Da der konfessionell verantwortete Religionsunterricht derzeit aber in vielen Kantonen durch eine «neutralere» Religionskunde abgelöst wird, werden die muslimischen Verbände und die Behörden in dieser Umbruchsituation nach flexiblen Lösungen suchen müssen.

Neben Imamen sind in den Moscheevereinen vor allem Frauen mit der religiösen Unterweisung besonders von Kindern und Jugendlichen betraut. Viele Religionslehrerinnen leisten ihre Arbeit unentgeltlich. Anders als die Imame verfügen sie nicht über das Prestige einer für das Ritual bedeutsamen Funktion. Für ihre Anerkennung geben Kompetenz und Loyalität den Ausschlag. Wer mit Imamen und Religionslehrerinnen ins Gespräch kommt,

**Muslime setzen auf eine aktive Rolle der schweizerischen Institutionen.**

stellt bald fest, dass erstere den letzteren bildungsmässig keineswegs immer überlegen sind – ein potenziell konfliktiver Sachverhalt, mit dem die muslimischen Organisationen bisher immer ebenso pragmatisch wie respektvoll umgegangen sind.

### Wie weiter?

Als der Genfer Nationalrat Hugues Hiltbold im März 2009 in einem Postulat die Einführung einer Imam-Ausbildung in der Schweiz anregte, antwortete der Bundesrat, man wolle vorerst die Resultate der NFP-Studie abwarten. Also hakte Hiltbold nach der Veröffentlichung unseres Schlussberichts im September nach. Die Antwort des Bundesrates lautete diesmal: «Die Frage der Ausbildung von Imamen und der islamischen Religionspädagogik an schweizerischen Hochschulen ist sowohl religionspolitisch als auch akademisch relevant, sie liegt aber in erster Linie im Kompetenz-



Detail eines muslimischen Grabes in Zürich Witikon.

bereich der Kantone und der Hochschulen selbst. (... Der Bundesrat) wird jedoch die Fragestellung der Schweizerischen Universitätskonferenz, SUK, als dem gemeinsamen Organ von Bund und Kantonen für die universitätspolitische Zusammenarbeit unterbreiten.» Die SUK erklärte sich im Dezember 2009 für nicht zuständig, das Dossier wanderte zur Konferenz der Schweizer Hochschulrektoren weiter. Man darf – nach dem Ausgang der Minarettinitiative erst recht – gespannt sein.

Als kurzfristige Lösung bieten sich Zusatzkurse an, die Imame mit ausländischer Ausbildung mit den Schweizer Verhältnissen vertraut machen. Längerfristige Lösungen könnten sich am Umgang des Staates mit den christlichen Landeskirchen orientieren; sowohl die befragten Muslime als auch die Behörden und Rechtsexperten nehmen, bisweilen gestützt auf den Grundsatz der Gleichbehandlung, darauf Bezug.

*Projektleitung: Dorothea Lüddeckens, Ulrich Rudolph, Christoph Uehlinger.*

*Mitarbeitende: Irma Delacombaz, Andrea Lang, Nadja Rüegg, Andreas Tunger-Zanetti.*

*Schlussbericht: [www.nfp58.ch/d\\_projekte\\_muslime.cfm?projekt=73](http://www.nfp58.ch/d_projekte_muslime.cfm?projekt=73)*

*Christoph Uehlinger ist Professor für Allgemeine Religionsgeschichte und Religionswissenschaft an der Universität Zürich.*

# LIEBER PROBLEME LÖSEN, ALS DAMIT



Interview mit Ulrich Rudolph // **Der Islamwissenschaftler Ulrich Rudolph fordert nach dem Minarettverbot einen «Runden Tisch». Diskutiert werden sollen die Rahmenbedingungen, unter denen Muslime ihre Religion ausüben dürfen. Dabei gebe es durchaus Gemeinsamkeiten zwischen Christen und Muslimen, denn unser Zusammenleben sei im Kern oft religiös motiviert.**

**Herr Rudolph, was bedeutet das Minarettverbot für die Integration der Muslime in der Schweiz?**

**Ulrich Rudolph:** Es ist ein Rückschlag. Wir haben bisher noch keinen wirklichen Integrationsprozess im Sinn einer öffentlichen Diskussion gehabt. Damit endlich anzufangen wird nun noch schwieriger. Angehörige einer Religionsgemeinschaft wurden diskriminiert, bevor man überhaupt richtig mit ihnen gesprochen hat.

Angehörige einer Religionsgemeinschaft wurden diskriminiert.

Wir stehen deswegen vor der Frage, ob wir die anstehenden Probleme – die es gibt – endlich gemeinsam diskutieren wollen oder ob weiter mit ungelösten Problemen Stimmung und Politik gemacht werden soll.

**Was sind die konkreten Probleme, und weshalb kommt diese Diskussion erst jetzt?**

Es geht, um kleine Beispiele zu nennen, um die Teilnahme von muslimischen Kindern am Sportunterricht, um Kleiderfragen, um den Stellenwert und die Ausgestaltung der religiösen Bildung im Schulunterricht, um Besuche von Geistlichen im Spital oder in Gefängnissen. Vor acht Jahren gab es im Kanton Zürich eine Tagung zum Thema «Muslime in der Schweiz» – mit der Absicht, solche Fragen und Probleme für die weitere Diskussion aufzulisten. Sie stiess auch auf grosses In-

teresse, zum Beispiel im Justizdepartement. Leider ist daraus aber keine dauerhafte Initiative geworden.

**Offenbar hat man das Thema «Integration von Musliminnen und Muslimen» schlicht verpasst. Sind Sie vor diesem Hintergrund über das Minarettverbot überrascht?**

Ja, und zwar insofern, als Minarette eben nicht das Problem sind. Die Frage nach ihnen war rein symbolisch. Es ging darum, den Muslimen den Zugang zum öffentlichen Raum zu verwehren. Für mich war die Frage allerdings auch so provokativ gestellt, dass es mir unwahrscheinlich schien, dass das Volk Ja sagen würde.

**Gab es keine Anzeichen dafür?**

Vielleicht. Vielen Beobachtern gefiel jedenfalls nicht, dass die Minarettgegner immer ausladender zu argumentieren begannen. Stichworte: Islamisierung, Burka, Kopftuch, Scharia. Das Minarett war da nur noch der Aufhänger für einen anderen Diskurs.

**Der Ausgang der Abstimmung hat diese Tendenz noch verstärkt. Im Fokus der Abstimmungssieger rund um die SVP stehen nun generell «die Ausländer».**

Ich würde eher von «Fremden» sprechen, also vom Wunsch, das «Eigene» zu bewahren. Erstaunlich ist dabei, dass die Definition des «Eigenen», das heisst des «Schweizerischen», gar nicht wirklich geklärt ist. Je nach Gesprächs- und Argumentationssituation wird sie mit dem Christlichen oder dem Säkularen oder dem Liberalen oder etwas anderem verbunden.



Ulrich Rudolph: «Für Muslime sind Verhaltensweisen selbst pflegen.» Im Bild das Parkschild der Habib Bank Zürich, der (im Hintergrund) steht.

**Ist eine Volksabstimmung das richtige Mittel, um solche Fragen zu klären?**

Tatsache ist, dass Muslime in solch einer unsicheren Stimmung eine sehr «attraktive» Zielscheibe sind, weil sich mit ihnen Emotionen wecken lassen. Das gilt nicht nur für die Schweiz, dieser Prozess läuft in vielen Ländern Europas ab. Klar dürfte auch sein, dass es in vielen Ländern zu einem ähnlichen Resultat gekommen wäre. Stellt man die Frage «Fremdheit: Ja oder Nein?», antworten halt viele erst einmal mit «Nein».



# POLITIK MACHEN

## Ihr Lösungsvorschlag heisst «Runder Tisch»?

Ja, wobei man das Thema der Religion vom Thema der Integration und der Herkunft einer Person trennen sollte. Wir müssen klar benennen, worum es geht. Es gibt in der katholischen Kirche auch keine



verständlich, die wir in unserer Boni-Kultur oft nicht mehr  
en Gebäude direkt neben der Katholischen Schule Sumatra

unterschiedlichen Regeln für Italiener, Portugiesen oder Spanier, sondern einfach nur für Katholiken.

**Muslime sind eine sehr «attraktive» Zielscheibe.**

Es geht letztlich darum, zu definieren, unter welchen Rahmenbedingungen Muslime hier ihre Religion ausüben sollen. Die Muslime selbst betonen, die verfas-

sungsmässige Garantie der «Religionsfreiheit» bedeute «Freiheit der religiösen Gemeinschaften», konkret etwa die Erlaubnis zum Bau von Moscheen. Das ist richtig, aber nur die eine Seite der religiösen Freiheit.

Ebenso wichtig ist die «Religionsfreiheit des Individuums», dass also jede Person über sich und ihren Glauben oder Unglauben selbst bestimmen darf. Das gilt auch für Muslime. Es muss klar gesagt werden, dass es zur Verantwortung der islamischen Gemeinschaften gehört, diese Freiheit zu garantieren.

## Sind diese bereit dazu?

Ja. Aber es braucht die praktische Nagelprobe. Sie müssen es umsetzen – allenfalls auch gegen Widerstände extremer Randgruppen. Wichtig dabei: Die Muslime sollten gleichzeitig die Sicherheit haben, als religiöse Gemeinschaft anerkannt zu werden. Momentan fehlt mir in der Schweiz ein wenig die Bereitschaft, den Muslimen ein eigenes religiöses Leben zuzugestehen.

## Was muss sich ändern?

Erstens sollten die Bildungsmöglichkeiten für Muslime verstärkt werden. Wenn wir es mit einer Gemeinschaft zu tun hätten, die unsere Sprache spricht und eine qualifizierte Bildung (zu gesellschaftlichen wie religiösen Themen) besitzt, wäre der Dialog einfacher und sachbezogener.

Zweitens: Die Muslime sollten ihrerseits eine offene und zugleich öffentliche Diskussion darüber führen, was es für sie konkret bedeutet, unsere Verfassung anzuerkennen. Das schliesst auch Fragen des sozialen Verhaltens und der individuellen Freiheiten ein.

Und drittens scheint es mir notwendig, die vielen konkreten, kleinen Fragen und Probleme aufzulisten und sich gegenseitig zu sagen, wo der Schuh drückt. Zum Beispiel am erwähnten «Runden Tisch».

**Kann bei dieser Diskussion auf gemeinsame Werte zurückgegriffen werden?**

Ja, durchaus. Viele Dinge unseres Zusammenlebens sind im Kern religiös motiviert. Die zehn Gebote der Bibel lassen sich dem Inhalt nach auch bei anderen Religionen finden – nicht zuletzt im Islam.

**Familienvorstellungen, wie sie der SVP vorschweben, sind «muslimisch».**

Für Muslime ist es etwa selbstverständlich, aufeinander Rücksicht zu nehmen oder den Bedürftigen Almosen zu geben; Verhaltensweisen, die wir in unserer Boni-Kultur oft nicht mehr pflegen. Vereinfacht könnte man sagen: Die ethischen Vorstellungen vieler Muslime sind vergleichbar mit dem, was unsere Grosseltern darunter verstanden haben.

Zum Beispiel auch, wenn es um das Familienbild geht. Konservative Familienvorstellungen, wie sie der SVP vorschweben, sind in gewisser Weise «muslimisch». Anders gesagt, haben viele Muslime ein traditionell helvetisches Familienverständnis.

*Das Interview führte Roland Gysin. In leicht veränderter Form erstmals veröffentlicht in UZH News am 15. Dezember 2009.*

*Ulrich Rudolph ist Professor für Islamwissenschaft an der Universität Zürich. Er war Co-Leiter des im Rahmen des NFP 58 durchgeführten Forschungsprojekts «Imam-Ausbildung und islamische Religionspädagogik in der Schweiz?»*

*Lesen Sie auch: «Mehr Mut zur Verschiedenheit». Bericht über das Podium zur Tagung «Ist Religion Privatsache?» mit Regierungsrat Markus Notter und Vertretern aus Islam, Judentum und Christentum.*

*<http://www.uzh.ch/news/articles/2010/mehr-mut-zur-verschiedenheit.html>*

Patrik Ettinger // Die medienvermittelte Auseinandersetzung über Muslime birgt Gefahren für einen rationalen Diskurs. Ein Forschungsprojekt zur Darstellung muslimischer Minderheit in der öffentlichen Kommunikation zeigt, dass Befürworter und Gegner der Minarettinitiative aneinander vorbeiarargumentieren.

# RELIGIÖSE DIFFERENZ ALS PROBLEM: ZUR RATIONALITÄT DER MEDIALEN DEBATTE ÜBER MUSLIME IN DER SCHWEIZ

Spätestens seit dem überraschenden Ausgang der Abstimmung über die Minarettinitiative wird deutlich: Das Verhältnis zwischen der muslimischen Minderheit in der Schweiz und der Mehrheitsgesellschaft und – dieses überlagernd – jenes zwischen «dem Islam» und demokratischen westlichen Gesellschaften generell wird in der öffentlichen Kommunikation der Schweiz zunehmend als problematisch dargestellt.

**Verallgemeinerungen verhindern die Reflexion auf die Vielfalt muslimischer Strömungen.**

Die Problematisierung des Verhältnisses zur muslimischen Minderheit an sich ist nicht fraglich. Es gehört zu den elementaren Leistungen einer funktionierenden Öffentlichkeit in demokratischen Gesellschaften, dass in ihr permanent Problematisierungen um Aufmerksamkeit und politische Lösungen konkurrieren. Fraglich hingegen ist die Rationalität der Debatte, das heisst die Art und Weise, wie die Relevanz von Problemen und ihre adäquate Bearbeitung begründet werden.

Die aktuelle Debatte darüber, wie viel religiöse Differenz sein darf und wie sich diese religiöse Differenz zu äussern habe, ist auf Muslime fokussiert. Sie wird von zwei Leitdifferenzen durchwirkt: der Un-

terscheidung von eigen und fremd, mit der gleichermaßen Identität versichert wie Minderheiten ausgegrenzt werden können, und der Unterscheidung von öffentlich und privat, die Handlungssphären und Rollen festlegt, an die unterschiedliche Anforderungen gestellt werden. Letzteres lässt sich an den unterschiedlichen Anforderungen verdeutlichen, die an Lehrerinnen und Schülerinnen bezüglich des Tragens von Kopftüchern als religiösen Symbolen im Klassenzimmer gestellt werden können.

## Fünf Gefährdungspotenziale

Wenn wir unter diesen Voraussetzungen die medienvermittelte Diskussion über Muslime betrachten, so zeigen sich fünf Gefährdungspotenziale eines rationalen Diskurses:

1. Die Thematisierung und zunehmende Problematisierung der muslimischen Minderheit in der Schweiz ist stark durch die Wahrnehmung des Islams in internationalen Kontexten beeinflusst. Nicht erst seit 9/11, seit dann jedoch mit deutlich erhöhter Intensität, berichten die analysierten Leitmedien der Schweiz über den Islam vorwiegend im Kontext internationaler Konflikt- und Kriegsereignisse. Diese Berichterstattung prägt das Bild des (politischen) Islams als Ideologie mit hohem Gewaltpotenzial und dadurch immer mehr auch die Wahrnehmung der muslimischen Minderheit in der Schweiz. Während unmittelbar nach

9/11 die Berichterstattung Muslime in der Schweiz deutlich von islamistischen Terroristen abgrenzte, lässt sich ab 2004 eine zunehmende Verwischung dieser elementaren Unterscheidung beobachten.

2. Was dies für die Wahrnehmung der muslimischen Minderheit in der Schweiz bedeutet, zeigt sich in der Auseinandersetzung um die Minarettinitiative. Das hier durch resonanzstarke Akteure und Teile der Medien vermittelte Bild der Muslime ist durch überwiegend negative Typisierungen (rund drei Viertel der Fälle) geprägt, die zudem mehrheitlich pauschalisierend sind. Dies bedeutet, dass in den entsprechenden Aussagen kaum Unterscheidungen zwischen islamistischen Gruppierungen und der muslimischen Minderheit in der Schweiz gemacht werden, sondern generalisierend vom «Islam» respektive von «den Muslimen» die Rede ist. Diese Verallgemeinerungen

**Unterschiedliche Demokratiekonzepte auf Seiten der Befürworter und der Gegner.**

verhindern die Reflexion auf die Vielfalt muslimischer Strömungen und unterstützen einen Konnex der Angehörigen dieser Glaubensgemeinschaft mit radikalen Bewegungen innerhalb des

Islams. Verallgemeinerungen finden sich in beiden Lagern, bei den Befürwortern der Initiative treten sie aber überdurchschnittlich häufig auf. Neben diesen Kollektivtypisierungen fällt ausserdem auf, dass in insgesamt 16 Prozent aller analysierten Beiträge das Verhältnis zwischen der schweizerischen Mehrheit und der muslimischen Minderheit nicht nur in einer, sondern gleich in mehreren Dimensionen als problematisch beschrieben wurde. Muslime wurden somit nicht nur als fremd und mangelhaft bezeichnet, sondern auch als bedrohlich und unaufgeklärt beziehungsweise vormodern charakterisiert.

3. Ein solches vereinseitigendes Bild der muslimischen Minderheit in der Schweiz bleibt nicht unwidersprochen. Allerdings zeigt sich hier die Problematik einer medialen Darstellungslogik, die komplexe Sachverhalte auf Personen reduziert. Die Strategie einiger Abonnementszeitungen, anhand von Portraits einzelner Musliminnen und Muslime in der Schweiz das Bild eines gewalttätigen Islams zu konterkarieren, kann die Tendenz zu Pauschalisierungen nicht durchbrechen, solange sich diese Portraits auf die Darstellung von Einzelschicksalen beschränken.
4. Am Beispiel der Berichterstattung zur Minarettinitiative lässt sich auch die mangelnde Diskursivität im Sinne einer Auseinandersetzung um Argumente zeigen. In der langen Berichterstattungsphase seit April 2006 gelingt

es den befürwortenden Akteuren, Deutungsmuster zu etablieren, die das Bild einer durch eine schleichende Islamisierung, islamistischen Terror und die Etablierung von Parallelgesellschaften mit eigenem Recht (Scharia) bedrohten Schweiz heraufbeschwören. Bemerkenswert ist, dass die Gegner der Initiative diese Deutung kaum bestreiten. Dafür verweisen sie – wie mehrheitlich auch die Medien – auf den islamophoben und fremdenfeindlichen Charakter der Vorlage und fordern mit Verweis auf die Religionsfreiheit Toleranz gegenüber der muslimischen Minderheit. Beides wird von den Befürwortern noch weniger bestritten. Die Argumentationen laufen somit aneinander vorbei und erringen je für sich Aufmerksamkeit.

5. Gerade die Debatte über die Minarettinitiative ist schliesslich durch eine bemerkenswerte Leerstelle charakterisiert: Mit Ausnahme weniger Beiträge in der Qualitätspresse wird das Spannungsverhältnis der unterschiedlichen Demokratiekonzepte auf Seiten der Befürworter und der Gegner der Initiative – Demokratie als uneingeschränkte Volksherrschaft auf Seiten der Befürworter versus Demokratie im Rahmen des Rechtsstaats unter Einschluss der Menschen- und Bürgerrechte auf Seiten der Gegner – nicht reflektiert.

#### Mittel einer populistischen Politik

«Über die prekären Abgrenzungen zwischen dem positiven Recht auf Religions-

ausübung und der negativen Freiheit, von der Religionspraxis der anderen verschont zu bleiben, müssen sich die betroffenen Parteien selbst einigen. Wenn sich das

**Die Problematisierung  
von Muslimen droht zum Mittel  
einer populistischen Politik  
zu werden.**

Prinzip der Toleranz vom Verdacht einer repressiven Festlegung der Grenzen der Toleranz befreien soll, verlangt die Definition dessen, was noch und was nicht mehr toleriert werden kann, einleuchtende Gründe, die von allen Seiten gleichermaßen akzeptiert werden können», schrieb Jürgen Habermas 2005. Eine solche Debatte über einleuchtende Gründe wird, wie die Analyse der Berichterstattung gezeigt hat, bis anhin kaum geführt. Vielmehr droht die Problematisierung von Muslimen zum Mittel einer populistischen Politik zu werden, die Verunsicherungen und Ängste sowie die Unzufriedenheit mit der «classe politique» bewirtschaften kann, trag- und konsensfähige Lösungen aber schuldig bleibt.

*Patrik Ettinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsbereich «Öffentlichkeit und Gesellschaft» der Universität Zürich. Sein Beitrag basiert auf einem Forschungsprojekt, das die Darstellung der muslimischen Minderheit in der öffentlichen Kommunikation seit 1998 untersucht. Das Projekt ist Teil des NFP 58.*



*Blick-Schlagzeile «Heiliger Krieg!» neben der Werbung für das Blick-Osterspiel.*

Farida Stickel // Die Teilnahme und das Engagement von Frauen an den Protesten nach der Präsidentschaftswahl 2009 haben gezeigt, dass die Frauenbewegung in Iran eine neue Dimension erreicht hat. Nicht zuletzt die Politik Ahmadinejads war der Auslöser dafür, dass heute verstärkt Frauen in der iranischen Reformbewegung aktiv sind.

## FRAUENBEWEGUNGEN IN IRAN – EIN LANGER WEG



Unter dem Kopftuch der Muslimin schauen einige Haare hervor.

Die islamische Revolution der Jahre 1978/79 avancierte zum Vorbild für Bewegungen des politischen Islams im Nahen Osten und in Asien. Ihre Parolen weckten Hoffnungen auf Gerechtigkeit und Souveränität vom Westen unter Wahrung der islamischen Werte. Frauen waren in der Revolution aktive Mitstreiterinnen, die sich von einem neuen Regime mehr Chancen und Rechte erhofften.

Die Entwicklung im nachrevolutionären Iran war jedoch eine paradoxe. Einerseits entstand ein aktiver Diskurs über die Stellung der Frau in der Gesellschaft Irans, der eine Vorreiterrolle in der Genderdiskussion in islamischen Gesellschaften einnahm. Andererseits wurden bestehende patriarchale Strukturen in der Islamischen Republik ideologisch und religiös untermauert sowie ein traditionelles Frauenbild propagiert.

### Frauen marginalisieren

Nach 1979 wurden religiös begründete Gesetze zur Einschränkung der Teilnahme von Frauen im öffentlichen Leben erlassen, das Mindestheiratsalter für Mädchen herabgesetzt, die Zeitehe, von Gegnern als Begünstigung der Prostitution angesehen, erlaubt sowie das Familien-, Scheidungs- und Erbrecht zu Ungunsten der Frau verändert. Schleierpflicht und Geschlechtersegregation im öffentlichen Raum waren ein Versuch, Frauen zu marginalisieren; gleichzeitig förderten sie deren Autonomie und Emanzipation: Auch in konservativen Kreisen war es nun für Mädchen «moralisch vertretbar», Schulen zu besuchen und zu arbeiten. Die Alphabetisierungsrate von Frauen liegt heute bei über 70 Prozent, rund zwei Drittel der Studierenden sind weiblich.

Während des Iran-Irak-Krieges 1980 bis 1988 nahmen Frauen eine aktive Rolle in der Arbeitswelt ein, Diskussionen über die Frauenfrage gewannen an Bedeutung. Säkulare Frauenbewegungen, die sich als Teil eines weltweiten Feminismus verstanden, etablierten sich. Zugleich setzte die Tendenz zur frauenzentrierten Neuinterpretation islamischer Lehren und Texte ein, die mit dem Konzept der «islamischen Gerechtigkeit» argumentiert. Auch wenn die Argumentation unterschiedlich ist, überschneiden sich die Forderungen und Ziele des islamischen und des säkularen

Feminismus, und es findet ein aktiver Austausch zwischen den unterschiedlichen Strömungen statt.

### Wind der Veränderung

Ab 1997 wehte unter dem reformorientierten Präsidenten Khatami zunächst ein Wind der Veränderung. An der Universität Teheran wurde gar ein Zentrum für Frauenstudien gegründet, dem einige Jahre später die Einführung von Gender- und Frauenforschung an vielen Universitäten folgte. Trotz Khatamis Bedeutung für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft in Iran blieben die Hoffnungen der Frauen nach mehr Rechten jedoch unerfüllt.

Unter Präsident Ahmadinejad wird der Kampf nach mehr Frauenrechten behindert: Die Kampagne «Eine Million Unterschriften zur Änderung von diskriminierenden Gesetzen» unter Beteiligung der Friedensnobelpreisträgerin von 2003, Shirin Ebadi, kam faktisch zum Stillstand. Ziel der Kampagne ist es, einen Antrag auf Gesetzesänderung ins Parlament einzubringen, um die Benachteiligung von Frauen abzuschaffen. 2008 schloss die Regierung die Zeitschrift *Zanan (Frauen)*, die 1992 als Sprachrohr des islamischen Feminismus gegründet und auch ausserhalb Irans bei Debatten über Frauen und Gleichberechtigung rege rezipiert wurde.

Diese Massnahmen und die Verhaftungswelle bei den letztjährigen Protesten konnten jedoch nicht alle kritischen Geister zum Verstummen bringen. Gerade mit Hilfe des Internets kann sich die Frauenbewegung in Iran weiter artikulieren.

*Farida Stickel ist wissenschaftliche Assistentin am Religionswissenschaftlichen Seminar der Universität Zürich.*



# DIE NEUE RELIGIÖSE SCHWEIZ

Das Nationale Forschungsprogramm 58 «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft» stellt sich vor.

Im Rahmen eines Nationalen Forschungsprogramms (NFP) werden Forschungsprojekte durchgeführt, die einen Beitrag

Die Ergebnisse sollen für Regierung und Verwaltung verwertbar sein.

zur Lösung wichtiger Gegenwartsprobleme leisten. Die Fragestellung und Schwerpunkte des NFP bestimmt der Bundesrat. Er beauftragt den Schweizerischen Nationalfonds mit der Durchführung der Programme. Die Ergebnisse der NFP sollen für die Praxis sowie für die Tätigkeit der Regierung und der Verwaltung verwertbar sein.

## NFP 58

Das Nationale Forschungsprogramm 58 (NFP 58), «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft», soll die neue religiöse Schweiz beschreiben, in der die Landeskirchen zugunsten anderer Religionen an Boden verloren haben. Über diese deskriptiven Arbeiten hinaus wollen die For-

schenden des NFP 58 die Bereiche identifizieren, in denen aufgrund des Wandels der religiösen Landschaft ein Eingreifen des Staates oder der Gesellschaft notwendig sein könnte. Diese Bereiche betreffen zum Beispiel die Integration, die Schule oder unser demokratisches System.

## Ein interdisziplinäres Programm

Das NFP 58 ist interdisziplinär angelegt. Es vereint 28 Forschungsgruppen aus der Religionswissenschaft, der Soziologie, Geschichte, Theologie, Anthropologie, Islamwissenschaft, Tibetologie, den Politikwissenschaften, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, der Pädagogik und Gerontologie. Die Forschenden beschäftigen sich mit den traditionellen Landeskirchen, mit den durch die Immigration importierten Religionen wie dem Islam, aber auch mit alternativen christlichen Gemeinschaften.

Das NFP 58 hat 2007 begonnen. Es ist mit 10 Millionen Franken dotiert. Die wissenschaftlichen Arbeiten werden 2011 abgeschlossen.

Für weiterführende Informationen:  
[www.nfp58.ch](http://www.nfp58.ch)



Halal-Wurst mit Schweizer Preisetikett. *Halal* bezeichnet im Islam alle Dinge und Taten, die erlaubt sind.

## Profil

Helmut Zander



Herr Zander, bis im Sommer 2010 vertreten Sie die Religionswissenschaftlerin Prof. Dorothea Lüdeckens hier an der Theologischen Fakultät in Zürich. Sie haben in Deutschland Geschichte, Politologie und Theologie studiert. Wie sind Sie zur Religionswissenschaft gekommen?

In der Sache war ich immer schon da, ich habe über Christen in der Friedensbewegung in der Politikwissenschaft dissertiert. Und daraus ist ein religionswissenschaftliches Standbein geworden.

Was interessiert Sie an der religionswissenschaftlichen Perspektive?

Die Freiheit des Blicks von aussen.

Was sind Ihre Forschungsschwerpunkte?

Momentan: Eigenheiten der Religionsgeschichte Europas. Aber bislang habe ich viel zu den Quergeistern, Esoterikern gearbeitet.

Können Sie kurz erklären, was Esoterik bedeutet?

Geheimes Wissen statt öffentliches, göttlicher Mensch statt Unterscheidung von Gott und Mensch, Einheit von Geist und Materie statt Schöpfung. Aber die Sache ist komplizierter, weil Esoterik seit der Renaissance im Christentum gewachsen ist.

In der Esoterikforschung interessieren Sie sich für die Anthroposophie. Wodurch zeichnet sich diese aus?

Es gibt einen Stifter, Rudolf Steiner, eine stabile Institutionalisierung, und vor allem: Praxis, von den Schulen bis zur Medizin.

Was interessiert Sie am Standort Zürich respektive der Schweiz?

In der Universität: dass die notwendigen Reformen nicht im Taumel des Wahnsinns erfolgen. In Zürich: in einer nicht zerbombten Stadt zu wohnen. In der Schweiz: direkte Demokratie.

Was bedeuten Ihre Beobachtungen zur Esoterik für das hiesige kulturelle Umfeld?

Esoterik sitzt vor allem in den Köpfen und produziert «Hybridisierungen». Dazu brauchen wir Forschungen. Im übrigen sind die Stadtzürcher esoterischen Traditionen (etwa die Sammlung Oskar Schlag, Bild oben) noch kaum aufgearbeitet.

Und für die kirchliche Landschaft und das Christentum?

... dass Vorstellungen, die nicht biblisch legitimiert sind, bei vielen Christen etabliert sind. Die religiöse Pluralität steht nicht vor den Kirchen, sondern darinnen.

<http://www.stiftung-schlag.ch>

# AKTUELLES

## LIZENTIATE THEOLOGIE

Keine

## LIZENTIATE RELIGIONSWISSENSCHAFT

**Roger Meier,**

von Wallisellen

*Die Anpassung der ISKCON Schweiz an die moderne Gesellschaft. Eine religionswissenschaftliche Analyse anhand Roy Wallis' Typologie Neureligiöser Bewegungen*

Prof. Dr. D. Lüddeckens

## PROMOTIONEN THEOLOGIE

**Sang-Bong Park,**

aus Korea

*Heinrich Bullingers katechetische Werke*

Prof. Dr. E. Campi

**Hartmut von Sass,**

aus Deutschland

*Sprachspiele des Glaubens. Eine Studie zur kontemplativen Religionsphilosophie von Dewi Z. Phillips*

Prof. Dr. I. U. Dalferth

## PROMOTIONEN RELIGIONSWISSENSCHAFT

Keine

## HABILITATION

**Matthias Neugebauer,**

aus Deutschland

*Leben. Organismus, Metaphysik, Molekularbiologie, Theologie: Systematische und ethische Implikationen – Grundlinien eines theologischen Lebensbegriffs in systematischer Theologie*

## EMERITIERUNG

**Prof. Dr. Jean Zumstein** ist zum Frühjahrssemester 2010 emeritiert worden und hat am Dienstag, 15.12.2009, von 10:15 bis 12:00 Uhr

seine Abschiedsvorlesung zum Thema

*Fides quaerens intellectum.*

*Eine intellektuelle Autobiographie* gehalten.

## BERUFUNGEN

Die Theologische Fakultät hat

**Prof. Dr. Myriam Bienenstock,**

Université de Tours,

auf das Frühjahrssemester 2010

zur ersten Sigi-Feigel-Gast-

professorin für Jüdische

Studien berufen.

**Prof. Dr. Jörg Frey** wurde per

1. April auf die ordentliche Profes-

sor für Neutestamentliche

Wissenschaft mit den Schwer-

punkten Antikes Judentum und

Hermeneutik berufen.

## PUBLIKATIONEN

**Veronika Bachmann:** Die Welt im

Ausnahmestandard. Eine Unters-

suchung zu Aussagegehalt und Theo-

logie des Wächterbuches (1Hen

1–36). Beihefte zur Zeitschrift für

die alttestamentliche Wissenschaft

409, Berlin/New York 2009.

**Arnd Brandl, Andreas Hunziker,**

**Lucie Kaennel, Andreas Mauz,**

**Natalie Pieper:** ... und Literatur.

Pierre Bühler zum 60. Geburtstag,

Institut für Hermeneutik und

Religionsphilosophie, Zürich 2010

(Hermeneutische Blätter 1/2010).

**Katharina Frank:** Schulischer

Religionsunterricht – Eine reli-

gionswissenschaftlich-sozio-

logische Untersuchung,

Kohlhammer, Stuttgart 2010.

**Johannes Fischer, Stefan**

**Gruden (Hg.):** Die Struktur der

moralischen Orientierung, Interdis-

ziplinäre Perspektiven, in der Reihe:

Ethik interdisziplinär, Litverlag,

Münster (Deutschland) 2010.

**Christiane Karrer-Grube, Jutta Krispenz, Thomas Krüger, Christian Rose und Annette Schellenberg (Hg.):** Sprachen –

Bilder – Klänge, Dimensionen der

Theologie im Alten Testament und

in seinem Umfeld; Festschrift für

Rüdiger Bartelmus zu seinem 65.

Geburtstag, Ugarit-Verlag, Mün-

ster, 2009 (Alter Orient und Altes

Testament, Band 359).

**Thomas Krüger:** Das menschliche

Herz und die Weisung Gottes,

Studien zur alttestamentlichen An-

thropologie und Ethik, TVZ, Zürich

2009 (ATHANT, Band 96).

**Andreas Mauz (Hg.):** Peter

Bichsel, Über Gott und die Welt.

Texte zur Religion, Suhrkamp,

Frankfurt a. M. 2009 (st 4254),

2. Aufl. 2010.

**Andreas Mauz (Hg.):** Erwin

Jaekle: Bis an den Rand schreiben.

Ausgewählte Gedichte, Waldgut,

Frauenfeld 2010 (Bodoni-Druck 84).

**Christian Metzenthin:** Jesaja-

Auslegung in Qumran, TVZ, Zürich

2010 (ATHANT 98).

**Christian Moser:** Bibliographie

über Bibliander, Theodor Biblian-

der (1505–1564), Annotierte

Bibliographie der gedruckten

Werke, Zürcher Beiträge zur

Reformationsgeschichte 27,

TVZ, Zürich 2009.

**Peter Opitz:** Leben und Werk

Johannes Calvins, Vandenhoeck &

Ruprecht, Göttingen 2009.



Peter Opitz

Leben und Werk  
Johannes Calvins

Vandenhoeck & Ruprecht

**Thomas Schlag:** Horizonte demo-  
kratischer Bildung – Evangelische  
Religionspädagogik in politischer  
Perspektive, Herder, Freiburg i. Br./  
Basel/Wien 2010.

**Thomas Schlag, Rahel Voirol-**

**Sturzenegger (Hg.):** Konfirma-

tionsarbeit im Kanton Zürich:

Erkenntnisse – Herausforderungen

– Perspektiven, TVZ, Zürich 2010.

**Konrad Schmid:** Hiob als

biblisches und antikes Buch, histo-

rische und intellektuelle Kontexte

seiner Theologie, SBS 219,

Stuttgart 2010.

**Samuel Vollenweider (Hg.):**

Innovative Bewegungen in der

neutestamentlichen Exegese,

in der Reihe Verkündigung und

Forschung 55/01 (2010).

**Philipp Wälchli, Urs B. Leu und**

**Christian Scheidegger, unter**

**Mitarbeit von John D. Roth:**

Täufer und Reformierte im Disput,

Texte des 17. Jahrhunderts über

Verfolgung und Toleranz aus Zürich

und Amsterdam, Achijs, Zug 2010.

**Zwingliverein unter Mitwirkung**

**des Instituts für Schweize-**

**rische Reformationsgeschichte:**

Zwingliana 2009, Beiträge zur

Geschichte Zwinglis, der Reforma-

tion und des Protestantismus in

der Schweiz, TVZ, Zürich 2009.

## VERANSTALTUNGEN

Ringvorlesung im Frühlings-

semester 2010:

**Das Judentum und**

**die Wissenschaften**

Diverse Referenten

Programm: [http://www.agenda.](http://www.agenda.uzh.ch/index.php?reihe=G 39)

[uzh.ch/index.php?reihe=G 39](http://www.agenda.uzh.ch/index.php?reihe=G 39)

Donnerstag, 29. April 2010

ab 09:00 Uhr

bis Freitag, 30. April 2010

bis 12:30 Uhr

**Menschenwürde und Autonomie**

Diverse Referenten

Ethikzentrum, Kutscherhaus,

Zollikerstrasse 115, 8008 Zürich

Raum: ZOB E 2

Montag, 3. Mai 2010  
19:30 bis 21:00 Uhr

**Religion – Hemmschuh oder Triebkraft der Kultur?**

1. Veranstaltung im Rahmen der Reihe «IM FOKUS. Die interaktive Diskussionsreihe des ZRWP»  
U. a. mit Prof. Dr. Daria Pezzoli-Olgiati, Geschäftsleiterin des ZRWP  
Theologische Fakultät,  
Kirchgasse 9, 8001 Zürich  
Raum: KIR 200

Montag, 10. Mai 2010  
18:15 Uhr

**ANTICHRIST. Filmabend mit anschliessender Diskussion für alle Interessierten**

Mit Pierre Bühler, Professor für Hermeneutik an der Universität Zürich, Charles Martig, Theologe und Filmpublizist, Zürich, Daria Pezzoli-Olgiati, Professorin für Religionswissenschaft an der Universität Zürich  
Theologische Fakultät,  
Kirchgasse 9, 8001 Zürich  
Raum: KIR 308

Dienstag, 11. Mai 2010  
12:15 bis 13:45 Uhr

**Seeking for Identity: Christian and Religious Studies in Mainland China**

Prof. Dr. Lung-kwong Lo, Director, Divinity School of Chung Chi College, The Chinese University of Hong Kong  
Theologische Fakultät,  
Kirchgasse 9, 8001 Zürich  
Raum: KIR 103

Dienstag, 11. Mai 2010  
18:15 bis 20:00 Uhr

**Classical Indian Theories of Knowledge and Error**

Prof. Dr. Arindam Chakrabarti, Department of Philosophy, University of Hawai'i at Mānoa  
Universität Zürich Zentrum,  
Karl-Schmid-Strasse 4,  
8006 Zürich  
Raum: K02 F-152

Dienstag, 18. Mai 2010  
18:15 bis 20:00 Uhr

**Confucian Role Ethics in a Changing World Culture**

Prof. Dr. Roger T. Ames, Department of Philosophy, University of Hawai'i at Mānoa  
Universität Zürich Zentrum,  
Karl-Schmid-Strasse 4,  
8006 Zürich

Raum: K02 F-152  
Freitag, 21. Mai 2010  
10:15 bis 12:00 Uhr

**Media and Mediation: Protestantism and the Power of Sacred Information**

David Morgan, Department of Religion, Duke University  
Universität Zürich Zentrum,  
Rämistrasse 71, 8006 Zürich  
Raum: KOL E-21

Dienstag, 1. Juni 2010  
18:15 bis 20:00 Uhr

**The Sense and Significance of Japanese Philosophy**

Prof. Dr. John C. Maraldo, Department of Philosophy, University of North Florida  
Universität Zürich Zentrum,  
Karl-Schmid-Strasse 4,  
8006 Zürich  
Raum: K02 F-152

**STUDIUM**

**Spezialisierter Masterstudiengang «Antikes Judentum»**

Bis zum 31. Juli 2010 ist es möglich, sich für den spezialisierten Masterstudiengang «Antikes Judentum», gemeinsam betrieben von den Universitäten Bern und Zürich, einzuschreiben. Der Studiengang dient der wissenschaftlich differenzierten Auseinandersetzung mit den historischen Erscheinungs- und Gestaltungsformen des Judentums in Kultur und Gesellschaft in persischer, hellenistischer, römischer, spätantiker und frühmittelalterlicher Zeit. Näheres: [www.antikesjudentum.uzh.ch](http://www.antikesjudentum.uzh.ch)

**Anmeldung zur Graduate School of Theology**

Ab sofort ist es möglich, sich für das neue strukturierte Doktoratsprogramm «Graduate School of Theology», gemeinsam betrieben von den Universitäten Basel, Bern und Zürich, einzuschreiben. Näheres: [www.gsth.uzh.ch](http://www.gsth.uzh.ch)



Zusammen mit den Universitäten Basel und Luzern bietet die Theologische Fakultät der Universität Zürich auch im Herbst 2010 wieder den Joint Degree Master in Religion – Wirtschaft – Politik an. Der 4-semestrige Studiengang widmet sich interdisziplinär den Schnittbereichen zwischen Religion und Wirtschaft beziehungsweise Religion und Politik. Regulärer Einschreibeschluss ist der 30. April 2010 (Nachmeldungen unter bestimmten Voraussetzungen möglich). Näheres: [www.zrwp.ch](http://www.zrwp.ch)

Afrikanische Muslimin mit Kinderwagen.



Jetzt buchen und sparen ++ Plätze limitiert  
Schnäppchen  
gültig ab 12.02.2010

# Marsa Alâm

Resta Grand Resort ☀ ☀ ☀ ☀ ☀

ab **Fr. 1048.-**  
1 Woche

Doppelzimmer „All Inclusive“

**Abflüge ab Zürich mit Swiss, Belair & Fly Hello:**  
\* 4./5./°° 18./\*\* 19. März 2010

Verlängerungsnacht ab: Fr. 65.- p.P.  
RMF 18014, DBJ V2, PM: CI, PA: Z10

\* Für 7 oder 8 Nächte buchbar! / \*\* Für 13 Nächte buchbar! / °° Für 2 Wochen buchbar!

Alle Angebote sind limitiert, Preisänderungen jederzeit möglich. Preise pro Person in Franken inklusive Flughafentaxen und Touristenvisum. Exklusive Annullationschutzversicherung. 100% Kosten bei Annullation. Eine Buchungsgebühr kann im Reisebüro erhoben werden.